

Keine Diskriminierung erwerbstätiger Mütter, Ja zur Wahlfreiheit

Die Gegner der Initiative «Familie und Beruf» argumentieren, mit der Initiative würden nicht erwerbstätige Mütter und Familien mit traditioneller Rollenaufteilung diskriminiert. Das stimmt nicht. Hingegen werden heute Familien, in denen beide Elternteile zumindest Teilzeit berufstätig sind, benachteiligt, denn für sie gestalten sich die Rahmenbedingungen, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen, durch den Stopp der Subventionierung neuer Kita-Plätze seit 2011 immer schwieriger. Heute ist nur noch in 31 Prozent der Liechtensteiner Haushalte der Mann der Alleinernährer der Familie. Erwerbstätigkeit von Vätern und Müttern ist für sehr viele Familien in Liechtenstein eine Realität und oft auch eine Notwendigkeit. Nicht nur Mütter wollen Beruf und Familie vereinbaren, sondern auch viele Väter, die in der Diskussion völlig aussen vorgelassen werden, als ginge sie Kinderbetreuung überhaupt nichts an! Oft scheitert die Vereinbarkeit an fehlenden familienfreundlichen Rahmenbedingungen. Wir sagen Ja zur Wahlfreiheit und einem Nebeneinander verschiedener Familienmodelle.

Dazu kommt, dass die Kita-Finanzierung den Staat mit Annahme der Initiative ja nicht mehr Steuergelder kostet, sondern der dringend benötigte Ausbau der Kitas (einjährige Wartelisten) neu über die FAK finanziert wird, die fast ausschliesslich von den Arbeitgebern (97 Prozent) gespeist wird. Ausserdem soll sich die Subvention nach dem tatsächlichen Betreuungsaufwand der Kitas richten und nicht nach den vorhandenen Plätzen.

Die Unterstützung für alle Familien bleibt bei einem Ja zur Initiative gleich: Alle erhalten Kindergeld und

die Geburtenzulage. Für Hausfrauen ohne eigenes Einkommen und selbstständig erwerbstätige Frauen gibt es eine einmalige und einkommensabhängige Mutterschaftszulage. Erwerbstätige Frauen erhalten Mutterschaftstaggeld, das bisher über die Taggeldversicherung finanziert wurde, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je hälftig einzahlen. Mit einem Ja zur Initiative kommt es neu aus der Kasse der FAK. Profitieren werden davon einerseits die Arbeitgeber, weil die Lohnnebenkosten verringert werden. Andererseits profitieren aber alle Frauen davon, weil eine mögliche Schwangerschaft nicht mehr als finanzielles Risiko für das einzelne Unternehmen gesehen wird und es profitieren alle Arbeitnehmenden, weil die Prämien der Taggeldversicherung nicht mehr wegen Mutterschaftstaggeldern steigen.

Informations- und Beratungsstelle für Frauen (Infra)